



Ausgestaltung der Gedenkstätte beteiligt sein wollen, ihre Anregungen und Gedanken auszutauschen. Die Internationale Jugendbegegnung vom April 1995, die ein so positives und weitreichendes Echo gefunden hat, soll künftig jährlich während dieses Besuchs von Überlebenden stattfinden.

3. Vor allem die Vorschläge, die Überlebenden vorrangig bei der Neugestaltung der Gedenkstätte zu hören und Jugend- und Schülergruppen Raum zu Begegnungen zu geben, verlangen hauptamtliche Kräfte in der Gedenkstätte. Trotzdem soll hier nicht der Ruf nach neuen Planstellen ertönen: Warum werden nicht diejenigen Dienststellen in München, die auch für die Ge-

denkstätte Flossenbürg zuständig sind, zusammengefaßt und nach Flossenbürg verlegt? Auch finanzielle Wege ließen sich finden: Warum wird nicht die jährliche Pacht für die Steinbrüche, die immerhin einst von Häftlingen erschlossen worden sind, vom Eigentümer - dem Freistaat Bayern - in die Gedenkstätte investiert? Vor allem im Ausland würde eine solche Regelung größte Beachtung finden.

4. Die Ausstellung mit Werken von Künstlern, die im KZ Flossenbürg trotz Terror und Todesnähe malten oder diese unbegreiflichen Erinnerungen später im Bild festhielten, hat völlig neue Aspekte zum Verständnis von Flossenbürg eröffnet. Die gezeigten Arbeiten

wurden der ArGe praktisch ohne Sicherheiten und Bedingungen zur Verfügung gestellt, auch um sie als ständige Ausstellung und „Vermächtnis Flossenbürg“ zu erhalten. Hierfür muß ein organisatorischer Rahmen geschaffen werden. Alleine sehen wir uns als ArGe außerstande, dies zu bewältigen. Wir rufen alle auf, die auch nach dem 23. April 1995 bereit sind, für die Belange Flossenbürgs einzutreten, uns bei der Verwirklichung dieses und der anderen Vorschläge zu unterstützen.

Hans Simon-Pelanda ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft ehem. KZ Flossenbürg e.V..

Initiative Dokumentationsstätte KZ Neuengamme fordert: Strafanstalt soll vom KZ-Gelände Neuengamme wegverlegt werden

Eine Delegation der „Initiative Dokumentationsstätte KZ Neuengamme e.V.“ übergab Ende Oktober gemeinsam mit Vertretern der Organisation der ehemaligen KZ-Gefangenen und der Evangelischen Kirchengemeinde Neuengamme im Hamburger Rathaus Bürgermeister Voscherau einen Aufruf mit über 5000 Unterschriften, darunter etwa 700 von Überlebenden des KZ Neuengamme und ihren Angehörigen. Darin wird an das Versprechen des Senats erinnert, die Strafanstalt Vierlande in Neuengamme zu verlegen und die von ihr genutzten KZ-Bauten zum Kern einer neuen Gedenkstätte zu machen.

Der Aufruf ist in sieben Sprachen verfaßt und von Menschen aus ganz Deutschland und vielen Ländern Europas unterschrieben. Zu den ersten Unterzeichnern gehören unter anderem der ehemalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel, der Schriftsteller Ralph

Giordano und mehrere Bürgerschafts- und Bundestagsabgeordnete.

„Die Besucher sind fast ausnahmslos empört und finden kein Verständnis dafür, daß dort, wo früher Tausende von Menschen erschlagen, mit Giftgas getötet, gequält und zugrunde gerichtet wurden, heute eine Strafanstalt steht“, erklärte Heidburg Behling von der Initiative dem Bürgermeister. Hans Maier (Kirchengemeinde Neuengamme) berichtete, daß der neue, über drei Meter hohe Zaun um die Strafanstalt bei ehemaligen KZ-Gefangenen und ihren Angehörigen den Eindruck hinterlassen habe, daß die Verlegung der Strafanstalt in weite Ferne gerückt sei.

Bürgermeister Voscherau hatte bei der Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Befreiung Anfang Mai in Neuengamme erneut zugesagt, sich für die Verlegung einzusetzen. Die Initiati-

ve begrüßte dies nachdrücklich. Sie versteht die Unterschriftensammlung als Unterstützung des Bürgermeisters. Der Hamburger Senat hatte bereits 1989 die Zusage gegeben, das Gefängnis zu verlegen, doch bis heute ist es noch nicht zum Baubeginn der neuen Anstalt gekommen. Bürgermeister Voscherau erklärte in dem etwa 45-minütigen Gespräch, er werde sich weiter für die Verlegung einsetzen. Falls die Festlegung des Standortes für den Neubau in der Bezirksversammlung Bergedorf erneut scheitere, werde der Senat evozieren (d.h. sich über die Bezirksgremien hinwegsetzen). Das Planungsverfahren müsse in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden. Die mittelfristige Finanzplanung sieht vor, daß ab 1998 Mittel für den Neubau bereit gestellt werden.

Die Unterschriftensammlung soll fortgesetzt werden.